

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Verlagsangelegenheiten bitten pro Seite 75 Pf. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudh; Druck: S. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Sämtlich Böhmum, Bismarckstr. 36-42. Telefon-Nr. 83, 59 u. 98. Telegr.-Nr.: Arbeiterverband Böhmum.

Ein Schritt weiter!

Die dringlichste Aufgabe der Gegenwart, der Welt einen wirklichen Frieden zu geben, ist durch die „Friedensverträge“ von Versailles und Saint-Germain nicht erfüllt. Das hat sich in den seit dem Abschluß des Waffenstillstandes abgelaufenen Jahren immer deutlicher herausgestellt. Der Geist der Gewaltpolitik ist lebendig geblieben, daher die ständige Beunruhigung der Völker, daher auch die verheerende Weltwirtschaftskrise. Wenn es nicht um die Befriedigung seines persönlichen Herrschts- oder Profitbedürfnisses zu tun ist, sondern um die Zukunft der Menschheit, der muß sich mit Gesinnungsgenossen vereinigen in dem Bemühen, einen wirklichen Frieden zwischen den feindselig verfeindeten Völkern herbeizuführen. Ungeachtet des Hohes der Gewalt- und Profitgier, die, um ihre Geschäftsbeziehung zu verbergen, über das Streben nach dauernd friedlicher Völkerverständigung spotten.

Die Gewerkschaftsinternationale Amsterdam hat schon vor mehr als zwei Jahren den Weg zur Verständigung der proletarischen Massen beschränkt. Seitdem haben auf nationalen und internationalen Kongressen und Konferenzen die Gewerkschaften Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens, Italiens, Tschechiens, Deutsch-Oesterreichs und Scandinaviens ihre Entschlossenheit bekundet, allen nationalistischen Gebiern zum Trotz der Humanität zum Siege zu verhelfen. Diese Pionierarbeit für einen wahren Völkerverbund ist nicht fruchtlos geblieben. Mande Erklärungen leitender Staatsmänner zeugen dafür, daß der Wille der Gewerkschaftsinternationale auch ein weltpolitischer Faktor ist.

Die sozialistischen Parteien aber, gepalmt durch den Krieg in drei Internationales, hatten bisher noch keine gemeinsame Plattform in der dringlichsten Frage der Gegenwart finden können. Darin ist nun eine Wandlung eingetreten. In Frankfurt a. M. haben sich während der letzten Februarwoche die Vertreter der Londoner und der Wiener sozialistischen Internationales zur eingehenden Aussprache getroffen. Ob die Moskauer Internationale demnächst an einer Konferenz (Berlin) mit den beiden vorgenannten Gruppen teilnimmt, ist noch unentschieden. Uns interessieren hier nicht die prinzipiellen und taktischen Auseinandersetzungen der sozialistischen oder kommunistischen Parteien. Das ist die eigene Angelegenheit der Parteien. Wohl aber haben die Gewerkschaften ein Interesse an einem kameradschaftlichen Verhältnis der sozialistischen Internationales. Haben doch deren Differenzen auch die Gewerkschaftsorganisationen oft schon sehr empfindlich berührt. Nachdem nun in Frankfurt die Leiter der deutschen mehrheitssozialistischen (Londoner Internationale) und der unabhängigen sozialistischen Partei (Wiener Internationale) tagelang kollegial zusammenberaten haben und zunächst sich mit ihren Parteigenossen aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und Deutsch-Oesterreich zu gemeinsamen Grundgedanken vereinigt, kann dieses erfreuliche Ereignis nicht ohne gute Folgen für die innere Geschlossenheit unserer Gewerkschaften bleiben. Es ist ein Schritt weiter getan worden zur Einheitsfront der Proletarier aller Länder. Wir wünschen, daß die Unglückszeit, wo sich die Berufsangehörigen in den Gewerkschaften wegen parteifraktioneller Meinungsverschiedenheiten befanden, recht bald gänzlich der Vergangenheit angehört. Je schneller das geschieht, um so besser wird es für die gesamte Arbeiterklasse sein.

Das Hauptergebnis der Frankfurter Tagung aber ist die einstimmige Annahme eines Beschlusses über die Reparationsfrage. Was vor zwei Jahren, ja vor einem Jahre noch nicht möglich war, nun ist es Ereignis geworden. Die von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde im Verband der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vertretene Auffassung von der Undurchführbarkeit der „Friedensverträge“, weil sie Unmögliches von den Besiegten fordern, wurde in Frankfurt auch von den Vertretern der sozialistischen Arbeiterparteien der Siegerländer rückhaltlos als richtig anerkannt. Einstimmig gelangte folgende Entschliessung zur Annahme:

„Am Vorabend der Konferenz von Genua konstatierten die Delegierten der sozialistischen und Arbeiterparteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens den offensichtlichen Bankrott der Politik des Zwanges und der Gewalt, die bisher den Wiederaufbau der Weltwirtschaft verhindert hat. Sie sind überzeugt, daß nur der Sozialismus durch die friedliche Verständigung der Völker und die allgemeine Souveränität der Arbeit die Schwierigkeiten, die aus den Rivalitäten und der Anarchie des Kapitalismus entspringen, aus der Welt zu schaffen imstande ist; sie sind aber auch überzeugt, daß selbst eine nur teilweise und provisorische Lösung nur auf der Grundlage der internationalen Solidarität gefunden werden kann. Die Frage der Leistungsfähigkeit Deutschlands steht in untrennbarer Zusammenhang mit der gesamten Weltwirtschaft, insbesondere mit dem Wiederaufbau Rußlands; ihre Erörterung in Genua ist daher unerläßlich.

Vor diesen Gesichtspunkten ausgehend, haben die Delegierten einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, insbesondere in Belgien und Frankreich muß von Deutschland in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit übernommen werden. Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands haben auf den Konferenzen von Amsterdam am 1. April 1921 erneut die Notwendigkeit dieser Wiederherstellung verkündet und sich verpflichtet, mit allen ihren Kräften und mit allen Mitteln daran mitzuwirken.

Die Tatsachen haben jedoch schon die Unhaltbarkeit des im Friedensvertrag von Versailles zur Durchführung des Wiederaufbaus vorgesehenen Systems erwiesen:

Die Ausfuhr Deutschlands hat sich nicht so gesteigert, daß sie ihm erlaubt hätte, sich die nötigen Zahlungsmittel in Gold zu verschaffen. Die deutsche Währung ist zusammengebrochen und zwar in einem solchen Maße, daß Deutschland der Kauf von Devisen äußerst schwierig wird. Der Weltverbrauch ist so zurückgegangen, daß die Ausfuhr Deutschlands zwar nicht hoch genug war, um ihm die Leistung der ihm geschuldeten Zahlungen zu ermöglichen, daß sie aber andererseits genügt hat, die Arbeitslosigkeit in den anderen Industrieländern zu verschärfen.

Ein Teil der Verantwortung ist allerdings auf die Schwäche der deutschen Regierung gegenüber ihrer Bourgeoisie zurückzuführen.

Das Problem stellt sich also folgendermaßen: einerseits gilt es, Frankreich und Belgien von den Lasten zu befreien, die gegenwärtig auf ihnen liegen; andererseits gilt es, Deutschland zu ermöglichen, die Wiederaufbauarbeiten durchzuführen, ohne es zu Maßnahmen zu zwingen, die zur Verelendung des deutschen Proletariats führen, Deutschlands Währung zu kränken und die Lebensgrundlage noch steigern, die zum größten Teil auf Kosten der Arbeiterelände erhoben wird.

Die Lösung dieses Problems ist nur möglich durch Maßnahmen von internationalem Charakter, die in ihren Einzelheiten bereits von den sozialistischen Konferenzen von Amsterdam vorgesehen sind. Sie verfolgen den doppelten Zweck, die zerstörten Gebiete schnell wieder herzustellen, ohne Frankreich und Belgien unter der Last der unvermeidlichen Vorauslagen zu erdrücken, und die finanzielle Gesundung Deutschlands zu erleichtern, indem ihm die notwendigen Zahlungsmittel ausfindig und Erleichterungen gewährt werden.

Diese Maßnahmen würden namentlich sein:

1. Annahme eines Systems von Natural- und Arbeitsleistungen innerhalb der Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeit.
2. Schaffung eines Internationalen Wiederaufbauinstituts durch alle daran interessierten Staaten, um die Rohstoffe und Arbeitskräfte den Bedürfnissen des Wiederaufbaus dienlich zu machen.
3. Annulierung und internationale Übernahme derjenigen Lasten, die Deutschland in bezug auf die Kriegspensionen aufgebürdet wurden im Widerspruch zu Artikel 14 Punkten, die beiderseits als Grundlage des Waffenstillstandes angenommen waren.
4. Streichung der internationalen Schulden, die aus dem Krieg entstanden sind.
5. Vorschläge an die Länder, deren Kauf- und Produktionsfähigkeit zurzeit lahmgelagert ist, durch Lieferung von Maschinen, Lebens- und Transportmitteln, die unentgeltlich sind, um die Hungersnot bekämpfen und die Industrie wiederaufbauen zu können.
6. Gründung eines Internationalen Instituts für Wiederaufbau und Kreditgewährung namentlich zu dem Zweck:
 - a) den bewilligten Ländern sofort die nötigen Summen zu liefern, die für ihre Wiederherstellung unentbehrlich sind;
 - b) den von der Hungersnot heimgesparten Ländern, die nicht imstande sind, ohne Hilfe von auswärtig ihren Platz in der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft wieder einzunehmen, zu Hilfe zu kommen;
 - c) die Zahlung von Pensionen an alle Kriegsgopier in dem Maße des Möglichen zu internationalisieren.
7. Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts für alle Streitigkeiten, die sich aus der Ausübung dieses Wiederaufbauplanes ergeben können.

Um das Werk des Wiederaufbaus Europas, mit dem die Frage der Reparation untrennbar verbunden ist, durchzuführen, muß, wie es die Vertreter der 39 auf der Internationalen Finanzkonferenz in Brüssel vertretenen Länder einstimmig feststellten, die Welt den Rivalitäten und Feindschaftsgefühlen ein Ende machen, die die unausbleibliche Folge des Weltkrieges sind.

Es ist die Aufgabe vor allem der sozialistischen und Arbeiterparteien, diesem Selbstzweck entgegenzuwirken, die kapitalistischen Versuche, die Sand auf die Länder zu legen, die durch den Krieg zugrunde gerichtet sind, zu brandmarken und alle Kraft aufzubieten, um sie zu vereiteln.

In Erwartung der allgemeinen Konferenz, deren baldigen Zutritt sie erhoffen und begrüßen, sind die in Frankfurt vertretenen sozialistischen Parteien entschlossen, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um der Politik des Zwanges und der Gewalt eine Politik der gegenseitigen Hilfe und der Völkersolidarität entgegenzustellen.

Die weltpolitische und weltwirtschaftliche Bedeutung dieser Rundgebung liegt offen zutage. Zu beachten ist auch, daß die sozialistischen Arbeiterparteien in Großbritannien, Belgien und Italien in ihrem Lande eine politische Macht sind, die über kurz oder lang berufen sein wird, an der Landesregierung teilzunehmen. In Frankreich hat leider die Spaltung der Arbeiterpartei ihren Einfluß bedeutend geschwächt. Aber auch dort ist es noch nicht aller Tage Abend.

Der Frankfurter Beschluß entspricht der von der deutschen Regierung verkündeten und von den Gewerkschaften unterstützten Politik der möglichsten Erfüllung. Daß diese nun auch von berufenen Vertretern der Arbeiterparteien in den Siegerländern anerkannt wurde, ist zweifellos eine begrüßenswerte Tatsache. Lang und schwer ist noch der Weg bis zur Hebung der Völkerverfeindungen, aber einen Schritt näher sind wir dem Ziele gekommen. Muß die Zeit zur Stärkung der Organisation!

Kohlenpreiserhöhung ab 1. März.

Jamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses vom 1. März d. J. wurde in der gemeinschaftlichen Beschlusses des Reichskohlenrats eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen, und zwar in Höhe zwischen 106 und 138,80 Mark für Steinkohlen und zwischen 19,21 bis 87,— Mk. für Braunkohlen bezw. Briffetts. Abzugsfakt und Kohlenpreiserhöhungen betragen im Steinkohlenbergbau:

Abzugsfakt pro Arbeiter und Schicht	Kohlenpreiserhöhung pro Tonne
Ruhrgebiet 0,547 Tz.	106,—
Niederrhein 0,369 „	124,—
Niederschlesien 0,339 „	140,80
Sachsen 0,339 „	158,80
Mach: Eschweiler 0,330 „	127,40
Mach: Rorbörn 0,300 „	149,10
Oberbayern (Bachthle) 0,325 „	118,70
Oberbayern (Steinkohle) 0,275 „	132,40

Die Preiserhöhung beträgt pro Tonne im rhein. Braunkohlenbergbau für Kohlföhle 19,21 Mk., für Briffetts 71,13 Mk., im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenbergbau für Kohlföhle 22,50 Mk., für Briffetts 87,— Mk.

Für den Steinkohlenbergbau wurde die Preiserhöhung nach dem gleichen Schlüssel errechnet. Im Ruhrgebiet ergibt sich danach:

1. Lohnerhöhung von durchschnittlich 10% Mk., macht bei einem Abzugsfakt von 0,547 Tz. 33,56 Mk.
 2. Gehaltssteigerung für Beamte und Angestellte 10 Proz. Gehalts 3,56 „
 3. Materialpreiszufschlag von 66 2/3 Prozent 21,38 „
 4. Abgeltung für Materialpreiserhöhung ab 1. Sept. 1921 14,— „
 5. Abschreibung zur Erneuerung und Wiederherstellung der Werke 18,— „
 6. Verdoppelung der Abgabe für Bergarbeiterheimstätten von 6 auf 12 Mk. 6,— „
 7. Erhöhung der sozialen Lasten 4,50 „
- Zusammen 106,— Mk.

Sulemann, Wagner und W. v. ... hatten beantragt: „Der für Abdrückungen vorgesehene Betrag von 18 Mk. je Tonne wird dem Reichskohlenverband überwiesen. Aus diesen Fonds werden den Bergwerksbetrieblen auf Antrag zum Ausbau der Werke Darlehen gegeben. Ueber die Gewährung der Darlehen, ob und in welcher Höhe eine Verzinsung verlangt wird, entscheidet der Große Ausschuss des Reichskohlenrats in Verbindung mit dem Reichskohlenverband.“

Dieser Antrag wurde mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten außer den drei Antragstellern nur Hans Heß von unserem Verband und G. v. ... vom Maschinistenverband. Zweck nimmte als Mitglied des Ausschusses des Reichskohlenverbandes, G. v. ... als Mitglied des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats. Entschieden wurden auch die Preiserhöhungen gegen diese 3 Stimmen beschlossen. Die Verbrauchervertreter haben also den Preiserhöhungen ebenfalls zugestimmt. Das ist auch bisher schon immer gewesen, trotzdem klagen sie draussen über die zu hohen Kohlenpreise. Die fünf genannten Vertreter haben sich nicht erheben können, ohne Gefahr der zweifelhafte Verwendung des Vorrat für Abschreibungen zu bewilligen. Das hat Sulemann in einer Erklärung am Schluß der Verhandlungen auch noch besonders zum Ausdruck gebracht.

Zu den angeführten Preissteigerungen kommen noch die Umsatzsteuer von 1,5 Prozent sowie die Kohlensteuer von 20 Prozent, die ab 1. April auf 40 Prozent erhöht wird. Nach Abzug der Kohlen- und Umsatzsteuer und der Abgabe für Lebensmittel und Bergarbeiterheimstätten beträgt der Preis der Fettkörberröhren im Ruhrgebiet ab 1. März 477,02 Mk. gegen 12 Mk. im März 1914; er ist mithin um beinahe das 40fache gestiegen. Allerdings sind die Preise für viele Lebensmittel, Textilien, Eisen, Stahl usw. noch weit stärker gestiegen. Für Eisen und Stahl ist der Preis z. B. um das 50-, 60- und mehrfache gestiegen. Aber davon wird viel weniger als von den Kohlenpreisen geredet. Für die Kohlenpreise werden ohnedien auch noch die hohen Bergarbeiterlöhne verantwortlich gemacht. Wie es damit steht, zeigt folgende Gegenüberstellung:

Jahr	Reichskohlenpreis je Tonne	Deutscher Durchschnittslohn je Arbeiter	Verhältnis
März 1914	12,—	6,25	52,1 %
März 1915	12,25	6,36	43,0 %
März 1916	14,25	8,88	62,3 %
März 1917	18,25	9,73	57,1 %
März 1918	24,30	12,16	50,0 %
März 1919	41,30	18,65	47,7 %
März 1920	168,—	38,28	23,5 %
März 1921	158,10	71,61	36,1 %
März 1922	601,70	119,80	26,9 %

* einschließlich Soziallohn für Frau und drei Kinder.

Der Lohnanteil der Bauer am Kohlenpreis ist also nicht größer, sondern kleiner geworden, dagegen haben sich Abgaben für Steuer usw. erhöht. Noch stärker wird das in Erreichung treten, wenn sich die Kohlensteuer ab 1. April d. J. auf 40 Proz. erhöht. Folglich sind die Kohlenpreise nicht bedingt worden von den zu hohen Löhnen. Während sich der Fettkörberröhrenpreis z. B. um beinahe das 40fache gesteigert hat, ist der Bauerdurchschnittslohn nicht einmal um das 26fache gestiegen. Bei Würdigung der Preisentwicklung ist zu beachten, daß sich die Schichtzeit verkürzt hat z. B. im Ruhrgebiet von 8 1/2 auf 7 Stunden, das sind 17,8 Prozent, und daß in ähnlichem Verhältnis auch der Abzugsfakt pro Arbeiter und Schicht, der bei der Preisstellung mitentscheidend ist, zurückging. Immerhin können die Löhne nicht für die hohen Kohlenpreise verantwortlich gemacht werden.

Ebenso wenig können die Kohlenpreise für die im Allgemeinen viel stärkere Preisentwicklung verantwortlich gemacht werden. Durch eine Stabilisierung der Kohlenpreise allein kann keine allgemeine Preisentwicklung herbeigeführt werden, wenn man in der übrigen Wirtschaft der Anarchie die Fäden schießen läßt, wie es bisher leider geschehen ist. Vom 1. März 1920 bis 31. März 1921 sind die Kohlenpreise zwangsläufig stabilisiert

Verbandsstameraden!

Der Ausfall der Betriebsräte wahlen muß ein Sieg der freien Gewerkschaften werden. Dason hängt die Erhaltung und der weitere Ausbau der Arbeiterrechte ab. Werden, agieren für den Verband ist die Pflicht für jedes Mitglied. Deshalb mit frischem Mut an die Arbeit und der Sieg wird nicht ausbleiben.

worden, mit dem Erfolg, daß allein die Ernährungskosten nach Calmer sich weiter um 56,4 Prozent steigerten. Textilien, Eisen, Stahl usw. sind im Preise noch stärker gestiegen.

Die Stellung unserer Vertreter in der Kohlenwirtschaft ist mithin eine äußerst schwierige. Werden die Kohlenpreise zu kurz bemessen, besteht die Gefahr, daß der Bergbau in seiner technischen Ausrüstung zurückbleibt, wofür die Bergarbeiter bei einer rückläufigen Bewegung die Kosten zu tragen haben.

Die und das Kali.

Die „Kali“ ist eine südländische Göttin. Sie wird auf Zeichen-Häufen hausend dargestellt und gilt als Göttin der Fruchtbarkeit.

Im Nr. 3 der „Bergarbeiter-Zeitung“ behandelten wir die Trübsalbildung in der Kaliindustrie. Wir schreiben:

„Das Ringen um die höchste Beteiligungsziffer, um die Macht im Syndikat nimmt immer bedeutendere Formen an. 1919 verfügte der Wintershall-Konzern mit seinen 23 Kaliwerken und 130 46 Tausendstel über die höchste Beteiligungsziffer.“

Die Ereignisse vollziehen sich mit rasender Beschwindigkeit. Unter dem 21. Januar 1922 meldet der „Berliner Börsen-Kurier“:

„Die letzten Käufe, die in der letzten Zeit in Augen der Gewerkschaft Glüdauf-Sondershausen stattgefunden haben, finden nunmehr ihre Aufklärung dadurch, daß wiederum Vernehmungen nach die Gewerkschaft Wintershall der Käufer gemein ist und sich bereits zurzeit im Besitz der Mehrheit der Aktien befindet.“

„In diese Richtung geht also alles weiter. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ deutet denn auch Ziel und Endergebnis desselben an. Sie schreibt in derselben Nummer:

„...so würden einem derartigen Zusammenschluß zum mindesten erhebliche Schwierigkeiten begegnen, sofern nicht eine Einigung zwischen Wintershall- und Deutsche Kali erfolgt.“

„Rechtens ist das Wahrscheinlichste. Gemäß wird es noch Wintershall gehen. Zum Schluß wird jedoch beide Konzerne das gemeinsame Ziel: Schaffung des Kalikartells, zusammenführen. Daran ändert das einseitige Besetzen der noch übrigen Konzerne gar nichts.“

„Über die Zusammenfassung des Kapital- und Arbeitsinteressen hat in den letzten Jahren einen solchen Umfang angenommen, daß man auch nicht davon zurückzusehen, die größten Brocken auf einmal zu verpacken.“

Der Kalikartell ist also nicht nur eine beschlossene, sondern eine fast vollendete Sache. Das ist jedoch nur eine Etappe in der von den Trustmagnaten getriebenen „wirtschaftlichen Entwidlung“. Ihr Endziel ist die Industrialisierung.

„Nichts liegt näher, als in diesem Zusammenhang an die chemische Industrie, zumal die Ammoniak- und Superphosphat-Industrie, zu denken. Die Kali- und die chemische Industrie sind an sich schon enger miteinander verbunden, als äußerlich in die Erscheinung tritt, und die Herstellung eines engeren Verhältnisses ist vielleicht weniger ein Zukunftsgebäude, als vielmehr ein bereits abgeschlossenes, niederträchtliches allerhöchster Art.“

Künftige Abhängigkeit der Landwirtschaft von dem Düngemittel-Großkonzern in Aussicht gestellt wird, fährt der „Börsen-Kurier“ fort:

„Ein Düngemittel-Großkonzern, wie er in dem erwähnten Falle auszubilden wäre, würde den Interessen der Kaliindustrie durchaus entgegenkommen, zumal eine Konkurrenz unter den zusammengehörenden Konzernen nicht nur nicht herbeizuerufen, sondern vielmehr unerwünscht wäre.“

„Also der Weg geht über den Kali- zum Dünger-Großkonzern und von diesem zur bereits fast vollständig verteilten Kohlenindustrie.“

„Man lasse doch endlich das böse Verbrechen der „Nationalökonomie“ oder „Kaliwirtschaft“ in jenen Kreisen fallen.“

„Über ist es nicht wahr, daß Großindustrielle Metalle, Werkzeuge und Maschinen, als diese am allerwenigsten gebraucht wurden.“

„Die Schule hat dagegen das Wort des alten Courmay: „Laissez faire, laissez passer“ (laß gehen) zum Wahlspruch erkoren, ein Wort, das Räubern, Betrügnern und Dieben nicht minder angenehm klingt.“

„Bei uns werden der Göttin Kali Menschenopfer nicht gebracht. Jedoch beherrschen Kohle, Eisen und das Kali unsere Wirtschaft.“

„Die Herrschaft weniger Trustmagnaten mit allen ihnen Begleiterscheinungen läßt einen „Vergelt“ mit dem alten Kartago zu. Auch hier hatten wir die Herrschaft weniger Reichen, Aukstlichkeit der Reiner, Heucheleien, Neidbiss (Wetterwirtschaft), Anhäufung mehrerer Zentner in den Händen eines einzelnen, alles Uebelstände, die zum Zusammenbruch Kartagos geführt haben.“

„Wenn ihnen (den Kartagern) jemals ein großes Unglück befallen sollte, wenn ihre Untertanen sich einmal empören, dann werden sie in ihrer Verfassung nicht ein einziges Mittel haben, die Ruhe wieder herzustellen.“

„Dieser Ausspruch des Aristoteles hat sich sehr schnell bewährt.“

Lohnerhöhungen im Bergbau ab 1. März.

Die zentralen Lohnverhandlungen, welche am 24. Februar in Berlin zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Bergbaues stattfanden, wurden von beiden Seiten mit großer Tätigkeit geführt.

2. Der Betrag von 17 M. ist ein Durchschnittssatz, der Schlichtungsausschuß empfiehlt daher der Bezirksarbeitsgemeinschaft, diesen Betrag auf die einzelnen Arbeitergruppen nach Maßgabe der Lohn-tafel, d. h. unter Berücksichtigung des Alters, des Geschlechts sowie der Eigenhaft als gelernter oder ungelerner Arbeiter zu verteilen.

Für das rheinische Braunkohlenrevier wurde gleichfalls ein Schlichtungspruch gefällt, welcher auch eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 17 M. pro Schicht und 1 M. Kinderbezugzulage vorsieht.

Die Lohnverteilung im Ruhrbergbau.

Bei den Verhandlungen am 2. März mit den Vertretern des Sachverständigenverbandes wurde folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Gebirgsarbeiter (Hauer, Schräger, Schläpfer im Gebirge einer Kameradschaft, ungeachtet des Alters) 18 M. pro Mann und Schicht. Von diesem Betrage werden 3,50 M. auf den Grundlohn und 8,50 M. auf das Gebirge gelegt.

Table with 4 columns: im Alter von, pro Stunde, pro 8-St.-Schicht, Unter Tage pro Schicht. Rows for ages 20 to 14 years.

2. Die Schichtarbeiter

Table with 4 columns: im Alter von, pro Stunde, pro 8-St.-Schicht, Unter Tage pro Schicht. Rows for age groups 19, 18, 17, 16, 15, 14 years.

3. Die Lehrlinge im Lehrvertrag:

im 1. Lehrjahre 0,50 M. pro Stunde, 4.- M. pro Schicht, im 2. Lehrjahre 0,75 M. pro Stunde, 6.- M. pro Schicht, im 3. Lehrjahre 1,25 M. pro Stunde, 10.- M. pro Schicht.

Regelmäßig der Invaliden soll eine Lohnaufbesserung in derselben Weise vorgenommen werden, wie bei der Februar-Lohnerhöhung, sofern nicht eine Verringerung in der bisherigen Leistungsfähigkeit eine abweichende Regelung zulißt.

Das Kindergeld ist von 4,50 M. auf 5,50 M. pro Kind und Schicht erhöht.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Wir fordern andere Entscheldungsinstanzen!

Es war ein verfehlter Griff, als man bis zur Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte die Bergarbeiterbeamten als Entscheidungsgesetzgebung einsetzte. Die sich ergebenden Unzuträglichkeiten sind so ange wachsen, daß sich der Verbandsvorstand zu einer Eingabe an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe gezwungen sah, in welcher eine Abänderung der Ausführungsbestimmungen zu den §§ 14 und 18 des B. B. G. gefordert wird.

Der unterzeichnete Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands richtet an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe das höchste Ersuchen, die nebenbestimmten Ausführungsbestimmungen dahin abzuändern, daß zur Entscheidung bei Streitigkeiten nach § 18 B. B. G. bis zur Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten anstelle der Gewerbeaufsichts- oder Bergarbeiterbeamten eine andere Stelle benannt oder errichtet wird.

Begründung: Im Betriebsratsgesetz sind zur Entscheidung bei Streitigkeiten nach § 18 B. B. G. die zu bildenden Bezirkswirtschaftsräte vorgesehen. Durch diese Bestimmung wollte der Gesetzgeber zweifellos zweierlei erreichen:

1. Die einzelnen Bezirkswirtschaftsräte werden große, zusammenhängende Wirtschaftskreise umfassen. Dadurch ist eine einheitliche Rechtsprechung gewährleistet. Die Reviere der Gewerbeaufsichts- und Bergarbeiterbeamten sind verhältnismäßig klein. Das nieder-rheinisch-westfälische Steinkohlengebiet ist allein in 21 Reviere eingeteilt. 21 Personen sprechen in diesem engzusammenhängenden Wirtschaftskreis allein im Bergbau Recht.

Ein solcher Zustand läßt sich nicht länger aufrecht erhalten. Die Aufgaben der Bergarbeiter, deren Bedeutung für den Bergbau mit nicht geringen, müßten darunter leiden. Es liegt somit im Interesse dieser Behörden selbst, wenn sie von der Rechtsprechung

Kameraden!

Im Anschluß an die am 1. Februar eingetretene Lohn-
erhöhung trat mit der 9. Beitragswoche unter Beachtung
des § 9 Abs. 1 unseres Statuts in allen Bezirken eine
sich nach der in den einzelnen Tarifbezirken erreichten Lohnzulage. Die neuen Beitragsmarken werden den Zahlstellen von den Bezirksleitern zugestellt.
Genau dieselben Voraussetzungen, welche die Lohnhöhung notwendig machen, treffen auch für die Beitragserhöhung zu. Was dazu Notwendiges zu
sagen war, geschah schon in verschiedenen Artikeln der „Bergarbeiter-Zeitung“, weshalb wir von einer Wiederholung des bereits Gesagten absehen wollen.
Die in den letzten Wochen gestellten Forderungen der Organisationen bezüglich der Unorganisiertenfrage, Abschluß eines Manteltarifs, Betriebsräterrichtlinien
usw. haben eine Verschärfung der Lage gezeitigt, wobei die finanzielle Seite unserer Organisation besonderer Beachtung bedarf. Wir ersuchen alle Funk-
tionäre, sich auch für die Durchführung dieser Beitragserhöhung mit aller Entschiedenheit einzusetzen und zur Stärkung unseres Verbandes beizutragen.

ist aber nur durch organisierte Arbeit zu erreichen und nicht mit dol-
chwilligen Schlagwörtern. Unsere Kassen und die Verbandsleitung
werden auch fernerhin gemeinsam ihre Pflicht erfüllen.

Sonale Fürsorge im Saarbrücker Knappschaftsverein.

Der Saarbrücker Knappschaftsverein beabsichtigt die Kinder-
fürsorge in stärkerer Maße durchzuführen. Zu diesem Zwecke hat
er mit der Kreuznacher Kinderheilanstalt „Victoria-Stift“ ein Ver-
ständnis geschlossen, so daß ihm in dieser Anstalt dauernd vorerst zehn
Bettstellen zur Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder zur Verfügung
stehen. Ferner ist auch die Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder
in Bad Kilschinger (für Knaben), in Kleinbittersdorf (für Mädchen)
und in der Kinderabteilung der Heilstätte Sonnenberg beabsichtigt, so-
weit es dort die Platzverhältnisse gestatten.

Ausgenommen werden zur Familien-Krankenpflege turberichtigte
Knaben vom 4. bis zum vollendeten 12. Jahre, Mädchen vom 4. bis
zum vollendeten 14. Jahre. Fieberhaft erkrankte Kinder und solche,
welche an irgend einer ansteckenden Krankheit, an Blotie oder Epilepsie
leiden, sowie Bettlägerer sind von der Aufnahme ausgeschlossen. Die erste
Aufnahme in Kreuznach soll Ende März erfolgen. Die Kosten der Kur
einschließlich von- und Rückfahrt von Saarbrücken bezw. Neunkirchen
nach Kreuznach trägt der Knappschaftsverein.

Durch diese Maßnahmen ist zu hoffen, daß die durch den Krieg
herbeigekommene Unterernährung, welche zum Teil den Verd der vielen
überfüllten Erntefamilien auch in Bergmannsfamilien bildete, wirksam
bekämpft werden kann. In den Kreisen der Fürsorge sollen nicht nur
die Kinder alter Bergarbeiter, sondern auch die Halb- und Ganz-
waisen einbezogen werden.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Reaktionäre Verschleierung im Falle Mont Genis.

Wir haben wiederholt eingereicht müssen, um die Verschleierungs-
und Abtreibungsversuche, um die systematische Zerschlagung der Defek-
tlichkeit durch die Verwaltung der Zeche Mont Genis und die reaktionäre
Presse abzuwehren. Noch vor wenigen Wochen brachten wir sie dadurch
zum Schweigen, daß wir der Zecheverwaltung und der reaktionären
Presse ihre Verschleierungsversuche im Falle des Schiephauer Paulin
vorhielten und eine Auseinandersetzung vor Gericht
androhten. Man ging natürlich nicht darauf ein. Am 20. Februar
unterstützte ein besonders dazu beauftragter Unterausschuß des 31. Aus-
schusses des Reichstages die von der „Bergarbeiter-Zeitung“ erhobene
Beschuldigung, wonach der Verschleierung die Schuld am Unglück zu-
zuschreiben sei, weil diese den Schiephauer Paulin (der den verbot-
sbrüchigen Schuß abgeben hat), welcher nicht lesen und schreiben konnte,
porzellanartig zum Schiephauer ernannt hat. Die „Deutsche Berg-
arbeiter-Zeitung“ schreibt nun in Nr. 50 vom 18. Februar d. J. (dieser
Notiz wird auch von der bürgerlichen Korrespondenz „Dena“ verbreitet)
folgendes über die Unternehmung:

„In einem Teil der Presse ist behauptet worden, daß durch Ver-
nehmung der Beweise erbracht sei, daß der Schiephauer Paulin, durch
den die bekannte Katastrophe eingeleitet wurde, des Lesens und
Schreibens unfähig gewesen sei, und er deshalb zu Unrecht auf seinen
verantwortlichen Posten gestellt worden sei. Demgegenüber ist richtig-
zustellen, daß durch elf Zeugnisaussagen von Kameraden und
Vorgesetzten des Paulin, dem eine einzige der Ehefrau gegen-
übersteht, bekannt worden ist, daß Paulin lesen und schreiben konnte.
Es liegt die Gefahr vor, daß um die Schuldfragen zu verhandeln,
mit einer falschen, agitatorischen Behauptung
gearbeitet wird. Die Zecheverwaltung Mont Genis hat sich im
übrigen genötigt gesehen, gegen die Art der Vornahme der Unter-
suchung durch den Unterausschuß des Reichstages
Beschwerden zu führen. Der Unterausschuß hat es trotz Vor-
setzung nicht zugelassen, daß der Leiter der Zeche zu den letzten
Untersuchungen hinzugezogen wurde.“

Wir wissen nicht, was im Untersuchungsausschuß verhandelt wurde,
weil parlamentarische Ausschüsse nicht öffentlich tagen. Auf Anfrage
wurde uns jedoch von einem Mitglied mitgeteilt, daß die Zeitungsnote
der „Bergarbeiter-Zeitung“ tendenziös und vollkommen un-
richtig sei! Wir haben zu dieser Notiz folgendes zu sagen: In
der Notiz wird gesagt, daß vor dem Untersuchungsausschuß elf Zeugen
(Kameraden und Vorgesetzte) „bezeugen“ haben, daß Paulin
lesen und schreiben konnte. Nach unserer Kenntnis der Dinge kann
dies nur ein gefährlicher Schwindel sein. Die Zeche hat
keine elf Zeugen, welche vor Gericht unter Eid aussagen
dürften, daß Paulin lesen und schreiben konnte, es sei denn, daß sich
Zeute finden, die leichtsinniger oder irrsinnigerweise einen Meineid
leisten. Nebenbei sei gesagt, daß „Vorgesetzte“ im Verdacht der Mit-
schuld stehen, diese werden aber nicht verurteilt (soweit sie Verant-
wortungspositionen im Sinne des Gesetzes sind) und dürfen sich heraus-
reden wie sie wollen.

Wahr ist folgendes: 1. die ganze Familie Paulins sowie Bekannte
und Verwandte können eidlich bekunden, daß Paulin nicht lesen
und schreiben konnte; 2. daß Paulin amtliche Urkunden, des
Schreibens unfähig, mit drei Kreuzen zeichnete; 3. daß eine Anzahl
Postkarten aus dem Felde und aus der Kriegsgefangenschaft vorliegen,
die alle von seinem Kriegskameraden geschrieben wurden. Offensicht-
lich genügt vorliegendes.

Ferner ist noch folgendes hervorzuheben: Mont Genis war vor
dem Unglück bei den Kameraden als ein Pütt der Wühlfäden bekannt.
Kurz vor der Explosion sind dort schon größere Unglücke passiert. Im
Jahre 1916 des Unglücksjahres sind fünf Kameraden durch Steinschlag
zu Tode gekommen. Nach dem Unglück wurden in einem benachbarten
Gebiete durch einen Betriebsrat auf zehn Stellen Schlagwetter gefunden.
Die Unglücksstunde wurde sofort nach dem Unglück mit Brethern ver-
schlagen und der Untersuchungsausschuß irreführt. (Man konnte wohl
auf der Grube die Gefährlichkeit der Strede.) Vor dem Unglück haben
in der Strede Schlagwetter gefunden. Nach dem Unglück wurde in dieser
Strede an einer Schlagwetterstelle eine Luze mit einer Düse eingebaut.
In den Verschleierungsversuchen zeigt sich die Heuchelei der re-
aktionären Presse. Keine Verdächtige der Bergarbeiter werden mit einer
Verhöhnung von Empörung behandelt und wirtliche Schuld ihrer Zeute
wird verschleiert.

Gegen die Lagerbestände.

Am 29. Februar tagte im Lokale Leutenberg in Dortmund eine
Konferenz der Funktionäre der Arbeitsgemeinschaft der
in und um Dortmund liegenden Schachanlagen, um zur Frage der
Unorganisierten Stellung zu nehmen. Die Konferenz war von unge-
fähr 200 Teilnehmern besucht. Nach einem kurzen einleitenden Referat
über die Lage nahmen ein Aus allen Ausführungen ging aber
hervor, daß es nicht so weiter gehen könne. Es müßten unbedingt
Mittel und Wege gefunden werden, um die nicht in der Arbeitsgemein-
schaft organisierten Bergarbeiter von den Sondervergünstigungen des
Lohnvertrages auszuschließen. Harte Worte wurden in bezug auf die
Unorganisierten ausgesprochen, mit Dieben und Betrügnern wurden sie
auf eine Stufe gestellt. Zum Schluß wurde folgende Entschließung
angenommen:

„Die am 28. Februar 1922 in Dortmund, im Lokale Leutenberg
abgehaltene Konferenz der Funktionäre der in der Arbeitsgemeinschaft
organisierten Bergarbeiter der Schachanlagen Ostfeld I u. II, Germania I
und II, Dorffeld I, IV, Germania, Hansa, Herberberg, Kaiser Stein,
Leibniz I u. II, Schornberg, Schönewitz und Hülse, Wäcker
Löhrens I, IV und Germania fordern ihre Vorstände auf, beim Ab-
schluß des neuen Lohnvertrages unbedingt dafür zu sorgen, daß in
diesem Tarif festgelegt wird, daß bei nicht in den vertragsgültigen
Organisationen organisierten Bergarbeiter von den Sondervergünstigungen

Beitragserhöhung

ein. Das Aus-
maß der Er-
höhung richtet

gen des Tarifs ausgeschlossen werden. Zahlen die Unternehmer den-
noch, so gilt dieses als Tarifbruch. Der neue Lohnvertrag muß bis
zum 1. April 1922 abgeschlossen sein. Die Versammelten sind bereit,
mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für diese Forderung
einzutreten.“

Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Mansfelder Streik beendet.

Geschlossen traten die Mansfelder Kameraden am 18. Februar in
den Streik, geschlossen haben sie am 2. März die Arbeit wieder auf-
genommen. Wir haben bereits berichtet, daß der Schiedspruch vom
21. Februar eine Lohnhöhung ab 1. Februar von 11 M. für über
21 Jahre und entsprechende Staffelung für junge Arbeiter vorsah.
Dieser Schiedspruch wurde von einer Vertrauensmännerkonferenz mit
185 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Am 28. Februar wurde unter Vor-
sitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministers zwischen Arbeiter- und Un-
ternehmervertretern über die Beilegung des Streiks verhandelt. Man
einigte sich nach langwierigen Verhandlungen auf eine weitere Lohn-
erhöhung von 10 M. ab 1. März. Um den zu großen Abstand zwi-
schen Gebot und Schlichtung zu verringern, wurden die Löhne der
im reinen Schichtlohn stehenden Arbeiter um 12 M. erhöht. Der bis-
her gültige Manteltarif wurde bis zum 1. Juni verlängert.
Am 1. März leriet eine Vertrauensmännerkonferenz diese Verein-
barung. Kamerad Müller erstattete zunächst einen rein objektiven
Bericht über den Gang der Verhandlungen. Er fügte hinzu, daß der
Streik einen wirklich moralischen Erfolg für unsere Organisation be-
deute. Noch nie wäre eine solche geschlossene Einigkeit in Mansfeld
vorhanden gewesen. Auch die Lohn erhöhungen seien ein guter Erfolg
für uns. So geschlossen, wie der Kampf aufgenommen und geführt
wurde, muß er auch beendet werden.

Die Abstimmung ergab 123 für und 18 Stimmen gegen die Ar-
beitsaufnahme. Die Angelegten enthielten sich der Abstimmung. Am
2. März nahmen die Delegierten geschlossen die Arbeit auf. Mit
Freude und Anerkennung können auch wir konstatieren, daß ein solch
ruhiger und sachlicher Kampf im Bergbau kaum je geführt worden ist.
Die Anregungen der Organisationsleitung wurden streng befolgt und
politische Einflüsterungen wurden nicht beachtet. Die Mansfelder
Kameraden haben bewiesen, daß sie zu kämpfen ver-
stehen. Der Streik hätte aber vermieden werden können, wenn die
Unternehmer die Lohnforderungen bewilligt hätten, als sie verlangt
wurden.

Nicht so sehr hat der Streik der Reaktion gefallen. Das führende
Organ der Bergwerksunternehmen, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“,
überflog sich in Beschimpfungen und ist glücklich in ihrer Kampfesart
unter das Niveau der niedrigsten Gevorgane gesunken. Sie schrieb
am 21. Februar:

„Der Streik im Mansfelder Kupferschieferbergbau ist eine direkte
Verhöhnung des gewerkschaftlichen Prinzips und deshalb eine Schmach
für die Bergarbeiterorganisationen, die ihn vom Jaun gebrochen
haben. Eine andere Bezeichnung für die hier geübte frivole Art,
einen Streik zu inszenieren, ist unmöglich. Worum handelt es sich
in Mansfeld? Um den Koalitionszwang. Das ist jedem Einge-
weiheten klar...“

Mit Hilfe des Koalitionszwanges will man bekanntlich die ge-
werkschaftlichen Organisationen finanzieren. Die ganz beträchtlichen
Beiträge der Organisationsmitglieder genügen nicht mehr, um die ge-
waltigen Bedürfnisse der Gewerkschaftsbürokratie zu decken. Eine
weitere Erhöhung dieser Beiträge ist aber gefährlich, da sonst die
Masseflucht aus den Gewerkschaften noch größeren Umfang annimmt
als bisher. Der Koalitionszwang soll nun die Gewerkschaftsführer
aus allen Nerven befeuern. Der organisierte Arbeiter hat an dieser
Forderung keinerlei Interesse, da seine Löhne dadurch in keiner Weise
vermindert werden.“

Wenn die Hohepriester des Bösen Rammon solches Wutgeheul
anstimmen, so sind wir auf dem rechten Wege. „Verhöhnung des ge-
werkschaftlichen Prinzips“, „Schmach“, „berühmte frivole Art“ werfen uns
jene vor, von denen die Volksmassen wissen, daß sie nur von Frivolität
von unerschämter Volksausbeutung leben, die sich nicht schämen,
Steuergeul der Witwenhänser für den Aufbau der durch sie ruinieren,
ausgebeuteten Gruben zu verlangen. Die Frage der Unorganisierten
konnte in dem kleinen Mansfelder Kupferschieferbergbau nicht erledigt
werden. Das weiß jedes gewerkschaftliche Kind. Der
Rammonistenpresse ist jedoch jeder Uninnig zum genug, um eine „frivole
Behauptung“ gegen hungernde Mansfelder Bergproleten zu entstellen. Die
Drapierung mit einem Haß gegen die Gewerkschaftsbürokratie läßt
uns kalt. Dasselbe wird ebenso papageienhaft von den Linksbolsche-
wisten vorgebracht.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Beabsichtigte Vernichtung einer Grube durch Brandstiftung.

Wir teilten in Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“ mit, daß auf
der Gleiwitzer Grube durch einen Grubenbrand 75 Bergarbeiter
in Lebensgefahr gerieten und größtenteils im bewußtlosen Zustande
gerettet werden mußten. Kurz nachher brach nochmals ein Brand in
derselben Grube aus, dem nach einigen Tagen ein dritter Brand
folgte. Die Brände sind in verschiedenen Abteilungen ausgebrochen,
die miteinander nicht in Verbindung stehen. Nach bisherigen Fest-
stellungen soll es sich um Brandstiftungen handeln und nach Lage der
Dinge ist etwas anderes nicht annehmbar. Die Ursachen der Brand-
stiftungen sollen in politischen Motiven zu suchen sein. Wenn
diese Annahmen richtig sind, so hätte der politische Terror in Ober-
schlesien ein neues Kampfmittel gefunden, welches die anderen scheuß-
lichen Verbrechen noch übertrifft. Infolge der Zerstörung des Gruben-
hauses durch die Brände müssen Arbeiterentlassungen vorgenommen werden.

Zweihundertfünfzig Bergleute verbrüht.

Auf dem Johannschacht bei Reuthen ist am 17. Februar ein
schreckliches Unglück passiert. Während die Wäsche mit Leuten ge-
füllt war, erlosch ein dort befindlicher Dampfessel. Durch den
ausströmenden Dampf wurden 52 Bergleute so verbrüht, daß die meisten
von ihnen starben. Bis zur Stunde sind schon 23 Tote zu beklagen,
die Zahl der in Lebensgefahr schwebenden soll noch 10 betragen.
Brand- oder Brühwunden bringen Vergiftungen mit sich, die, wenn
größere Flächen des Körpers verbrannt sind, unbedingt tödlich wirken.
Die Verbrühten sterben unter den schrecklichsten Schmerzen.

Saargebiet.

Gewerkschaftszerpflüterer an den Pranger!

Wir haben wiederholt auf die Bemühungen gewisser Kreise, die
Bergarbeiter an der Saar vom „alten Verband“ abzuspalteln, hinge-
wiesen und namentlich auf das Treiben des „Neuen Saar-Furiers“
wenn auch aufmerksam gemacht. Kürzlich nagelte unsere Bezirksleitung
einen flüchtigen Steiger Edel als Unterminierer des Verbandes fest.
Der Herr hatte noch die Dreistigkeit, sein Zerpflechtertreiben zu
bestreiten. Darauf beauftragt unsere Bezirksleitung folgende Brand-
markung: „Gewerkschaftszerpflüterer an der Arbeit“.
Unter obiger Ueberschrift erließ die Bezirksleitung des Verbandes
der Bergarbeiter Deutschlands eine Warnung an ihre Mitglieder und
Funktionäre des Saargebietes in der Tagespresse. Der in diesem Aufruf
genannte Steiger Edel schied der Presse unter Berufung des § 11
des Preßgesetzes eine Berichtigung, in welcher er die in unserem Aufruf
bezeichneten Angaben zum Teil als unwahr bezeichnet. Um der
Arbeiterchaft und der Bevölkerung des Saargebietes selbst ein Urteil
zu ermöglichen, lassen wir die Ausführungen Edels, welche er bei ver-
schiedenen Funktionären unseres Verbandes machte, im wesentlichen
folgen:

Edel suchte unsere Mitglieder in verschiedenen Orten auf, mit ihnen
zwei Kardinalfragen zu besprechen. Die erste Frage sei die der Ab-
trennung der freien Gewerkschaften des Saargebietes und des Knapp-
schaftsvereins vom Rückversicherungsverband in Deutschland. Er fragte
nach der Stellungnahme unseres Mitgliedes betr. der Kündigung des
Rückversicherungsvertrages. Das beste für die Saarbergarbeiterschaft,
besonders der freien Gewerkschaften sei es, alle Fäden von rechtsrheinisch
zu trennen. Für uns kommt nur in Betracht, daß der Arbeitgeber
uns die Taschen spickt, damit die Bergarbeiter an der Saar gut
leben können. Er fragte, ob unser Funktionär nach der Verbands-
konferenz in Schöneberg gehen würde. Als Knappschaftsältester müßte
er die Mitglieder, die dahin gingen, befehlen, wenn etwas davon auf
die Tagesordnung käme. Die zweite Frage ist die Sache Franzen-Beder
und Verschmelzung und Rekonstitution der Gewerkschaften. Er dente,
daß man alle Fäden von rechtsrheinisch abtrennen und sich auf eigene
Füße stellen müsse. Habt Ihr denn schon einmal Streikgelber erhalten?
Euer Geld geht nach Bochum und wenn einmal die Arbeiterchaft vor
die Alternative gestellt würde, ist kein Geld da. Aber Ihr müßt auch
mit Euren Führern abrechnen. Ihr müßt schon gemerkt haben, daß
der eine oder andere Führer mehr herausgeholt könnte und auch besser
angehen sei am Verhandlungstisch. Wenn zum Beispiel Schwarz und
Petri erscheinen, zieht der Arbeitgeber schon den Kopf zwischen die
Schultern. Es kann ja alles in der Welt nichts nützen, hauptsächlich
die freien Gewerkschaften müßten sehen, daß sie in der Zahl zurück-
gingen, während die Syndikalistenn zunehmen würden. Daraus ist schon
zu ersehen, daß man sich zusammenfinden müsse. Der Zusammenschluß
würde bisher an der Person Gerhardt gescheitert, der den Vorstoß haben
wollte. Er (Edel) und 20 bis 25 Mann seiner Gewerkschaft (welcher?)
wären beauftragt, dahin zu wirken, daß sich die Funktionäre der freien
Gewerkschaften zusammensuchen, um diese Frage zu lösen. — So weit
der übereinstimmende Bericht mehrerer unserer Funktionäre.

Wir stellen fest, daß der Steiger Edel keiner freien Gewerkschaft,
auch dem Verband technischer Beamten und Angestellten (Ma) nicht
angehört. Was gehen diesen, im französischen Dienst stehenden un-
organisierten Steiger die freien Gewerkschaften, was die Funktionäre
des Bergarbeiterverbandes an? Ist die Arbeitszeit der Steiger bei der
französischen Grubenverwaltung so, daß man täglich Orte im Saar-
gebiet bereiten und Nachdienst machen kann? Ist das Gehalt eines
Steigers so hoch, daß man auf eigene Rechnung einen Teil seines Ge-
haltes durch Reisen für eine Sache, die den Betroffenen gar nichts
angeht, ausgeben kann? Was ist der Zweck und das Ziel dieses un-
den Zusammenschluß der freien Gewerkschaften so besorgten, unorgani-
sierten Steigers? Was geht diesen Mann die Kündigung des Saar-
brücker Knappschaftsvereins vom Rückversicherungsverband an? Was
eine Verbandskonferenz in Schöneberg und ihre Tagesordnung? Aus
welchem Grunde bekümmert sich der bei der französischen Grubenverwaltung
bedienstete Steiger um unsere Angestellten und Rekonstitutionierung
der Gewerkschaften im Saargebiet? Was gehen ihn die Gelder unserer
Verbandsmitglieder in Bochum an? Woher weiß der Steiger Edel,
daß die Bezirksleiter Schwarz und Petri vom Arbeitgeber nicht gerne
gesehen werden? Den als unwahr bezeichneten Satz: „daß er mit 20
bis 25 Mann seiner „Gewerkschaft“ (welcher?) auf die Funktionäre der
freien Gewerkschaften wirken soll“, halten unsere Mitglieder aufrecht.

Nach Vorliegendem ist nur zu schätzen, daß man den Zweck ver-
folgt, die freien Gewerkschaften zu schwächen und die stärkste Organi-
sation, den Bergarbeiterverband, zu unterminieren. Daß man bei den
Mitgliedern verläuft, die Angestellten des Verbandes gegeneinander aus-
zuspielen, dient diesem Zweck. Wir finden es gar nicht lächerlich, die
Gewerkschaften als geld zu bezeichnen, welche vom Arbeitgeber gerne
gesehen und angenehme Verhandlungsführer entsenden würden. Ob
Steiger Edel nach seiner Betätigung in den Verdacht kommen könnte,
für gelbe, angenehme Gewerkschaften zu agitieren und ob er aus eigener
Ueberzeugung und Antrieb gehandelt hat, das Urteil darüber überlassen
wir bei einem Manne, welcher in den letzten Jahren vom Meritaten
zum Mehrheitssozialisten, zur USP. und zuletzt zum kommunistischen
Mitglied sich entwickelte, der urteilsfähigen Arbeiterschaft und Bevölke-
rung des Saargebietes.

Zur Charakterisierung der Wahrheitsliebe Steiger Edels diene noch,
daß er am 18. Februar im Zuge 12.30 Uhr von Saarbrücken nach Sulz-
bach ergriffte, daß er jedoch beim Bezirksleiter Schwarz vom Verband
gewiesen wäre und dieser erklärte, den Aufruf nicht mehr zurücknehmen
zu können, aber bei Gelegenheit mit einigen Glas Bier es wieder gut-
machen würde. Wir stellen fest, daß Edel unser Verbandsbureau nicht
gesehen hat. Entweder ist der Mann krank, dann bedauern wir seinen
Zustand, ist er aber gesund, wird die Arbeiterschaft aus Vorliegendem
die Lehre ziehen.

Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.
F. A. Schwarz, Petri, G.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die
10. Woche (vom 6. bis 11. März) fällig. Wir bitten alle Ka-
meraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Die Firma G. Hansmann & Co. hat sich beim Postsekretariat Dort-
mund unter Nr. 12389 ein Postfachkonto einrichten lassen. Wir erbitten
uns alle künftigen Zahlungen auf dieses Konto. Zahlarten werden den
Rechnungen beigefügt. Für die Hauptkasse bestimmte Beiträge dürfen
auf das Konto der Firma nicht gezahlt werden, ebenso sollte man für
die Firma bestimmte Beiträge künftig nicht mehr auf das Konto des
Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands einzahlen. Wer das nicht
befolgt, erschwert uns die Erledigung der Geschäfte.

Sicherrevisionen.

Castrop I. Vom 6. bis 18. März.

Adressenänderungen.

Bezirk Gelsenkirchen. Das Bezirksbureau befindet sich jetzt Gelsen-
kirchen, Wanner Straße 25.

Knappschaftsältestenkommission Dortmund.

Die Quartalsversammlung findet statt am Sonntag, den
19. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Dortmund,
Leibniz- und Lessingstraßen-Ecke.

Knappschaftsälteste des Geschäftsausgabbezirks Gelsenkirchen!
Sonntag, den 12. März, vormittags 9 Uhr, im Lokale Eder-
mann in Gelsenkirchen: Quartalsversammlung.

Abhilfe! Die den Mitgliedern und deren Ehefrauen des Berg-
arbeiterverbandes, die bestellte Reichenstein, angetane Beschädigung nehme
ich nach schiedsamlichem Vergleich hiermit zurück und warne vor Wei-
terverbreitung.
Reichenstein, 28. Febr. 1922. Reinhold Saunshild.

Die Bergarbeiter.

(Von Otto Hue.) Preis 30 Mk. für Mitglieder, 45 Mk. im
Buchhandel. Bezug von H. Hansmann & Co., Bochum.

Der Berggeiß. Erinnerungen eines Bergarbeiters.

Preis für Mitglieder 4 Mk., im Buchhandel 5 Mk.